

AL II

Bonn, den 24. Juni 1974

V e r m e r k

Über die Besprechung über DDR-Fragen im Bundeskanzleramt
am 21. Juni 1974, 14.00 bis 16.00 Uhr

Teilnehmer:

BK	StS Bölling
Chef BK	SRS Grünewald
StS Gaus	
MD Hiss	Senator Stobbe
MD Sanne	
	MdB Wehner
BM Genscher	MdB Mischnick
MDg. Blech	
	Präsident Klasen
BM Franke	
BM Apel	
StS Pöhl	
BM Friderichs	

In seiner Einleitung wies der Bundeskanzler auf die Vertraulichkeit der Sitzung hin und bat, nur eine einzige Niederschrift, und zwar im Bundeskanzleramt, über die Sitzung zu fertigen.

Die Besprechung berührte alle Punkte, an deren Regelung gegenwärtig ein besonderes Interesse auf Seiten der DDR und /oder der Bundesrepublik besteht.

1. Swing

Der Bundeskanzler nannte die mit dem Swing verbundene Geldschöpfung im Prinzip bedenklich, der Größenordnung nach jedoch heute nicht bedeutsam. Aus übergeordneten politischen Erwägungen werde man nicht zu einer Regelung kommen können, die den Swing beseitige. Das Instrument Swing müsse vielmehr genutzt werden, um die Erfüllung wichtiger Interessen der Bundesrepublik zu erreichen.

Präsident Klasen wies auf zwei vorliegende Entschlüsse des Zentralbankrates hin, nach denen die Bundesbank nicht bereit sei, nach Ablauf des Jahres 1975 Mittel für den Swing bereitzustellen. Er sei daher heute nicht in der Lage, etwas anderes verbindlich zu erklären. Man habe sich aber noch immer mit der Bundesregierung in dieser Frage geeinigt und werde das nach seiner Überzeugung auch künftig können.

BM Friderichs erläuterte verschiedene Möglichkeiten für eine künftige Gestaltung des Swings. Entschließe man sich für einen Abbau, so sei kaum anzunehmen, daß die DDR mit vermehrten Lieferungen reagieren würde. Man müsse vielmehr mit einer Reaktion rechnen, die eine Kombination aus Kaufzurückhaltung, Ausweitung von Lieferantenkrediten und Kreditaufnahmen auf dem internationalen Markt umfasse. Dies werde zwar keine allgemein negativen Rückwirkungen auf die deutsche Wirtschaft, aber doch sektoral und regional Schwierigkeiten bringen. Das Interesse der DDR an einer Aufrechterhaltung des Swings sei sehr groß. Sie betrachte ihn als einen unverzichtbaren Teil der vertraglichen Abmachungen im Bereich des Handels.

Der Bundeskanzler stimmte zu, daß die DDR die Abschaffung des Swings als einen schweren Rückschritt empfinden würde.

2. Stromversorgung Berlins

BM Friderichs wies darauf hin, daß unser Interesse vor allem in Abmachungen mit der sowjetischen Seite liege. Er erläuterte den Stand der Überlegungen und Verhandlungen hinsichtlich eines Strombezugs aus der DDR, aus Polen und aus der Sowjetunion.

Der Bundeskanzler stellte unwidersprochen fest, daß die drei genannten Modelle sich nicht gegenseitig ausschließen müssen. In der Skala unserer Interessen stehe jedenfalls langfristig die Versorgung Berlins mit Strom an der Spitze.

3. Mindestumtausch

Der Bundeskanzler bezeichnete dieses Problem als das aktuell wichtigste. Wenn wir Gespräche über eine breite Skala von Fragen mit der DDR aufnehmen, so werde diese wissen wollen, welche Vorstellungen auf unserer Seite hinsichtlich einer Änderung der geltenden Umtauschregelung bestehen. Wir müßten uns deshalb klar werden, was wir wollen.

MdB Mischnick wies darauf hin, daß Gespräche über Mindestumtausch keinesfalls auf dem offenen Markt geführt werden sollten. Optisch sei eine Rückkehr zu den alten Sätzen das beste, sachlich könnten Variationen der früheren Regelung zweckmäßig sein.

Senator Stobbe wies auf den Unterschied hin zwischen Berlin und dem Bund. Der Senat habe stets eine Rückkehr zur Geschäftsgrundlage, d.h. zu den früher geltenden Sätzen gefordert. Der Reiseverkehr nach Ost-Berlin und in die DDR komme massiert aus West-Berlin. Hier sei auch der Rentneranteil besonders hoch. Das wichtigste Ziel müsse deshalb die Wiederfrei-

stellung der Rentner sein. Wenn man sich aber Variationen wie die der Rücktauschmöglichkeit überlege, dann müsse man auch die technischen Modalitäten genau durchdenken. Eine an sich vernünftige Regelung nütze nichts, wenn sie dazu führe, daß sich bei der Rückreise Schlangen bilden.

StS Gaus wies in größerem Zusammenhang auf den Zeitfaktor hin. Er trat dafür ein, die notwendigen Gespräche mit der DDR über die anstehenden Fragen nicht auf den Herbst zu verschieben. Über Swing, allgemeine Wirtschaftsfragen und Stromlieferungen führe zweckmäßigerweise das BMWi bzw. die TSI die Gespräche, Alle anderen Fragen könnten z.B. über die Ständige Vertretung mit der DDR behandelt werden. Für alle Fragen gelte, daß man die 70 Mio Zinersparnis als Hebel zur Einwirkung auf die DDR nicht überschätzen dürfe.

Der Bundeskanzler bestätigte, daß auch er der Meinung sei, die Gesamtgespräche mit der DDR bald aufzunehmen.

4. Verkehrsverbesserungen für Berlin

Senator Stobbe erläuterte, daß der Senat sein Verkehrskonzept fertiggestellt habe und dieses nunmehr mit der Bundesregierung abstimmen werde. Der Bau einer Autobahn Berlin - Hamburg habe darin Priorität. Zur Zeit werde ein Teil des Nordverkehrs über die Autobahn Helmstedt gezogen, weil diese trotz ihres schlechten Zustandes vor allem für den Güterverkehr immer noch praktischer sei als die Bundesstraße 5.

Der Bundeskanzler unterstrich die Bedeutung einer Modernisierung der Autobahn Helmstedt.

5. Humanitäre Fragen

Auf die Frage nach unseren Prioritäten sprach sich BM Franke

dafür aus, vor allem nach einer Senkung der Altersgrenze für reiseberechtigte DDR-Bewohner zu streben.

MdB Mischnick und StS Gaus stellten dagegen die Einengung des Kreises der "Geheimnisträger" in der DDR als wichtiges Ziel heraus. MdB Wehner sah Möglichkeiten sowohl in der einen wie in der anderen Richtung.

BM Franke wies darauf hin, daß wir außerdem weitere Wünsche haben, z.B. hinsichtlich einer großzügigeren Handhabung der Bestimmungen für Reisen und Familienzusammenführung durch die DDR.

6. Sonstige Fragen

Folgende Fragen wurden außerdem angesprochen, aber nicht vertieft:

Abbau Braunkohle Harpke
Nutzung Erdgas Salzwedel
Umsatzsteuerbegünstigung für Bezüge aus der DDR
Einschluß der DDR in das EG-Zollgebiet
Maschinenbau-Export der DDR
Raffinerie Schwedt/Oder
Industrielle Kooperation bilateraler mit dritten Staaten

Zusammenfassend stellte der Bundeskanzler fest

- Es läge in unserem Interesse, relativ bald eine Palette von Punkten unserer Gesprächsbereitschaft zusammenzustellen. Dabei sollten wir uns die bekannten Interessen der DDR zunutze machen.
- Er werde sich an einige der anwesenden Herren wenden mit der Bitte, zu einzelnen Fragen Ausarbeitungen zu liefern. Diese Ausarbeitungen sollten im Bundeskanzleramt zu einem Gesamtüberblick zusammengefaßt werden. Über das Ergebnis

müsse man noch einmal in etwas kleinerem Kreis vor der Sommerpause und vor der Gesprächsaufnahme mit der DDR beraten.

- Er erinnere noch einmal daran, daß die Gesprächsteilnehmer grundsätzlich in ihren eigenen Häusern nur mit "dem, den es angeht" über die heute behandelte Thematik sprechen sollten.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Sanne', written in a cursive style.

(Sanne)